

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik

In seiner Einführungsrede des Hochschulpolitischen Forums der KAS in Berlin wertete der vormalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz die Hochschul- und Bildungspolitik als zentrales Anliegen der Union. Für die Bedeutung des Themas im Interesse der Zukunftssicherung unseres Landes müsse auch die Bevölkerung noch mehr sensibilisiert werden. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er Vorschläge zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen im europäischen und globalen Vergleich durch Steuerungsimpulse, die den Wettbewerb fördern; Grundvoraussetzung dafür sei freilich die Erhöhung der Spielräume unserer Hochschulen: Sie brauchen mehr Freiheit, um aus sich heraus ein eigenes unverwechselbares Profil zu entwickeln. Die dringend notwendige Internationalisierung deutscher Hochschulen könne durch Ausweitung des englischsprachigen Lehrangebots, Förderung des Auslandsstudiums, die flächendeckende Einführung international vergleichbarer Studienabschlüsse sowie die Anwerbung ausländischer Dozenten und Studenten vorangetrieben werden.

Polenz bezeichnete die deutschen Hochschulen als chronisch unterfinanziert. Eine Lösung sei allerdings nicht ausschließlich in der Bereitstellung größerer finanzieller Mittel durch den Staat zu sehen. Die Hochschulen selbst sind aufgefordert, etwa durch Drittmittelwerbung oder durch Weiterbildungsangebote im Rahmen des „lebenslangen Lernens“ ihre Finanzierungssituation zu verbessern. Bedenklich seien zudem die hohe Zahl der Studienabbrecher und die langen Studienzeiten. Deshalb sei es sinnvoll, wenn sich die Hochschulen ihre Studenten selber aussuchen könnten und umgekehrt. Die ZVS sei daher abzuschaffen. Mit dieser Forderung unterstrich Polenz eine der zentralen Forderungen des Leitsätze der CDU „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“. Sie traf allerdings auf erheblichen Widerspruch. Der Sächsische Wissenschaftsminister Prof. Dr. Hans Joachim Meyer verwies auf die verfassungsrechtliche Problematik und ließ, sekundiert vom Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes, Prof. Dr. Hartmut Schiedermaier, deutlich erkennen, dass er dieser Überlegung juristisch derzeit keine Realisierungschance zubilligen wolle. Allerdings gibt es Zwischenschritte. Nichts hindere, so der Hinweis der bildungspoli-

tischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Steffie Schnoor, den Gesetzgeber daran, das Abitur neu zu definieren. Es sei zweifelhaft, ob das Abitur in der heutigen Form überhaupt noch eine gültige Legitimation als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung habe. Schließlich wäre es vor der Einführung des Kurssystems als verbindliche Zugangsvoraussetzung definiert worden. Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache bis zum Abitur sollten wieder verbindlich werden. Zusätzlich sei der Anteil der Naturwissenschaften zu stärken. Durch engere Kooperation von Schule und Hochschule könne eine Steigerung des Niveaus der Studienanfänger sichergestellt werden. Prof. Dr. Peter Frankenberg, Rektor der Universität Mannheim und Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz, wies auf die in Baden-Württemberg eingeräumte Möglichkeit hin, bei lokalem Numerus Clausus bis zu 40 Prozent der Studenten selbst auswählen zu können, allerdings – und hier stellte sich dann doch Konsens ein – setzt eine Verbesserung der Lage voraus, dass dabei nicht die ZVS, sondern die Hochschule Priorität bei der Auswahl erhalte und die ZVS nur ergänzend tätig werde. Leider nur andiskutiert wurde die Flexibilisierung des Dienstrechts: Die Hochschulen müssten um die besten Professoren konkurrieren können. Nach oben offene Gehälter erhöhten die Attraktivität auch für Kräfte aus der Wirtschaft. Freilich sei so etwas nicht kostenneutral zu machen, wie es der SPD offenbar vorschwebt. Und die Frage, inwieweit zwischen FH und Universität auch hier zu differenzieren wäre, wird uns sicher ebenso weiter beschäftigen wie die nach qualitätsorientierter Mittelzuweisung. Auch bei der Studienfinanzierung gab es insofern Konsens, als die neue Bafög-Regelung der rot-grünen Koalition die Unionsvorschläge einfach übernommen habe (so Thomas Rachel, Hochschulpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion). Als aber Prof. Frankenberg dann doch noch Studiengebühren ins Spiel brachte, gab es energischen Protest des RCDS-Bundesvorsitzenden Carsten Schwarz. Und Internationalisierung muss schließlich nicht heißen, die eigene (europäische) Hochschultradition über Bord zu werfen: Den Baccalaureus und den Magister gab es bekanntlich schon vor der Entdeckung Amerikas.

Iris Gerstenkorn

Unterstützung für den Mittelstand

Forum in Berlin

Der Mittelstand ist der Kern unserer Wirtschaft, die Stärke unserer sozialen Marktwirtschaft.“ Gerade die kleinen Betriebe sind die einzige zuverlässige Jobmaschine. Deshalb ist es alarmierend, dass viele Mittelständler sich von der Politik der Bundesregierung übergangen fühlen. Ein besonderes Engagement in Mittelstandsfragen hält Paul Wink, Bevollmächtigter des KAS-Generalsekretärs in Berlin, deshalb für die vorrangige Aufgabe der KAS. Die Belange des Mittelstandes zu vertreten, sieht er als „Daueraufgabe“. Zu diesem Zweck gründete er das Berliner Mittelstandsforum. Regelmäßig treffen sich mittelständische Gewerbetreibende, vom Bauunternehmer bis zur Kulturmanagerin, und diskutieren über mittelstandsrelevante Themen, wie Steuerpolitik oder Fördermittel. Während der letzten Veranstaltung stand etwa die Unternehmenssteuerreform im Vordergrund. Als besonders mittelstandsfeindlich wurde angesehen, dass Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften benachteiligt werden. Auch die Nachfolgeregelung nahm in der Diskussion einen breiten Raum ein. Bei Unternehmen, die in der Familie vererbt werden, würden bei der Besteuerung des Betriebsvermögens auch die Ertragsaussichten des Unternehmens berücksichtigt. Mittelständische Unternehmen profitieren auch nicht von einer Absenkung der Körperschaftssteuer oder einer Teilanrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer, da ihre Gewinne unterhalb der Freibetragsgrenze liegen.

Anstehende Fragen werden mit Entscheidungsträgern auf Bundesebene erörtert. Jedoch soll der Standort Berlin nicht dazu verleiten, nur bundespolitische Fragen zu behandeln. Auch die Landes-, Bezirks- und Europaebene soll mit einbezogen werden.

So sind Europaparlamentarier wie auch Vertreter der Landes- bzw. Bezirksebene in Berlin wichtige Gesprächspartner für das Berliner Mittelstandsforum.

Iris Gerstenkorn